



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943 142 (1931)

405 (3.9.1931) Mittagsblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-359940](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-359940)

Neue Mannheimer Zeitung

Mannheimer General-Anzeiger

Verlag, Redaktion und Hauptgeschäftsstelle: R. 1, 4-6. — Fernsprecher: Sammelnummer 243 61
Postfach-Conto: Karlsbrücke Nummer 175 90. — Telegramm-Adresse: Rem a g e i t Mannheim

Kapitalkonten: Im Anzeigenblatt 30 Pf. — 40 bis 50 mm breite
Colonnen: Im Anzeigenblatt 30 Pf. — die 70 mm breite Zeile.
Für im voraus zu bezahlende Familien- u. Gelegenheits-Anzeigen
besondere Preise. — Rabatt nach Tarif. — Für das Erscheinen von
Anzeigen in bestimmten Ausgaben, an besonderen Plätzen und für
telephonische Bestellungen keine Gebühr. — Geschäftsstand Mannheim

Mittag-Ausgabe

Donnerstag, 3. September 1931

142. Jahrgang — Nr. 405

Programmrede des Reichsfinanzministers

Ueber die finanz- und wirtschaftspolitischen Aufgaben der Gegenwart und Zukunft

Keine Förderung einer Deflation

Berlin, 2. Sept.

Bei der heutigen Rundgebung der Staatspartei in Rasthofhaus Elou hielt der Reichsfinanzminister Curtius eine Rede, der wir folgendes entnehmen:
Die Vondener Konferenz hat anerkannt, daß das Fehlen des Reiches in Ordnung ist und daß die ungeheuren Schwierigkeiten, die vor allen Dingen in der großen Reichsteile Deutschlands entstanden sind, durch den Abzug von Milliarden kurzfristiger Auslandsgelder verursacht wurde.
Auf sechs Monate ist die Gefahr, die aus dieser kurzfristigen Verschuldung drohte, abgemindert. Der Zusammenbruch des Bankensystems in Deutschland ist verhindert. Der Vorwurf, daß man den großen Schaden gehalten habe, für die Kleinen aber nichts tue, ist mehr als unbegründet; denn es ist dem Reich niemals eingeleitet, Kapital zu sammeln und den Danziger oder Dresdener Bank zu ersetzen, sondern das Reich ist lediglich eingetreten für die noch vielen Hunderttausenden zahlenden Kunden der Banken, um ihnen vor dem Ruin zu schützen. Diejenigen von ihnen, die ein Kapital hatten, hätten es zum Teil verloren, und diejenigen, die etwas schulden, hätten das sofort bezahlen müssen, wodurch sie im gegenwärtigen Augenblick zusammengebrochen wären. Der Zusammenbruch einiger Großbanken hätte aber alle anderen mitgerissen und auch die Ersparnisse auf absehbare Zeit aktionsunfähig gemacht.

Die Aufgaben der Zukunft

1. In der Ordnung der auswärtigen Verschuldung Deutschlands, die in eine langfristige umgewandelt werden muß;
2. In der Bekämpfung der Kapital- und Geldmangel in Europa und
3. In der Ordnung der Finanzen der Länder und Gemeinden.
In der Frage der auswärtigen Verschuldung hat die Welt durch den Bericht des Welker Komitees insofern ein Urteil weiter bekommen, als darin festgestellt ist, daß man nicht große Zahlungen von Auslandsgeldern verlangen kann, wenn man sich gleichzeitig gegen die Aufnahme ihrer Waren, mit denen sie allein zahlen können, abspricht. Es ist auch anzunehmen, daß diese Frage untrennbar zusammenhängt mit der Frage der Reparationen, und damit ist die Grundlage zu einer Neuordnung gelegt.

In der Kapital- und Geldpolitik, die ein Teil der gesamten Wirtschaftspolitik ist, wird man die Deflation nicht künstlich herbeiführen dürfen. Eine weitere Verhärtung der Kreditlage des Geldes würde dazu führen, daß eine gewisse Wirtschaftspolitik vernichtet wird, weil sie ihre Schulden nicht mehr bezahlen können.

Es ist zu begrüßen, daß die Reichsbank den Diskont senkern konnte und durch die Erklärung, daß sie keine Kuponanleihe beabsichtigt heranzubringen, soweit sie nicht notwendig ist, einen weiteren Herabsetzung des Diskonts entgegenzusetzen. Das ist nicht notwendig, da viel Geld durch die Welt gehandelt wurde, obwohl wir nicht in ihrer Zeit leben, in der das Geld zu verkaufen droht, sondern in einer Zeit, in der die Kaufkraft des Geldes zu groß zu werden droht. Es kommt nur allen Dingen darauf an, daß verlässliche Kapital und Geld den selbständigen Unternehmern kleineren, mittleren und größeren Stills zusammenbringen, damit sie die eigentlichen Träger unserer Wirtschaftspolitik sind, anzufertigen können.

In der Arbeitslosenfrage

Wäre der Bedarf an, daß die Bauwirtschaft und deren Zulieferer ein Opfer der Arbeitslosigkeit geworden wäre. Man kann aber nicht den Bauwerken in der bisherigen Art fortführen, weil man sich der Arbeitsbeschaffung nicht zuwenden und außerdem die Gefahr besteht, daß das in den Neubauten zu verbrauchte Kapital verloren geht. Der Arbeiter muß aber lebensfähig gemacht werden. Wenn man das, wo es vom Standpunkt der Produktion aus zu veranlassen ist, nämlich auf dem Wege der Verteilung von Subsidien oder durch die Verteilung von Subsidien in der Nähe von Großstädten und im Bergbau.

Der dritte Punkt, die Frage der Ordnung der Haushalte von Ländern und Gemeinden

Es darf die Reihenfolge vom 24. August in die Wege geleitet. Im übrigen ist man sich im Reich über die Lage im Harz, daß man den Gemeinden in die Hände zu legen muß, damit sie die Wirtschaftswirtschaften durchbringen. Für öffentliche Gemeindegüter kann das Reich kein Geld zur Verfügung stellen.

Die Zollunion wird aufgegeben

Siegesjubel und Demütigungswille bei den Franzosen

Drahtung unseres eigenen Vertreters
— Genf, 2. Sept.

Der Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion wird in der vorangegangenen heute stattfindenden Sitzung des Europa-Komitees ohne besondere Forderungen begründet werden. So hat man wenigstens von den Vertretern Österreichs, die sich mit Dr. Schöber an der Spitze energisch zur Sache setzen, langwierige Verzögerungen abgewendet.

Dr. Curtius und der Vorsitz des Ausschusses, Dr. Gaus, arbeiteten geschäftig sechs Stunden mit den Vertretern Frankreichs und Österreichs an der Festlegung der Projekte, die in der öffentlichen Sitzung des Europa-Komitees vor sich geben soll. Der Text der zu erscheinenden Erklärungen ist natürlich noch nicht bekannt gegeben worden. Man vermute aber übereinstimmend, daß Dr. Schöber nach langem Sträuben ein Kommando anbot, in dem Österreich die Verpflichtung übernehmen soll, künftighin im Geiste der europäischen Zusammenarbeit zu wirken. Die Verhandlungen über die Zollunion, die am Samstag nachmittag stattfinden wird, nehmen gleichfalls ihren Anfang. Sie gestalten sich umso schwieriger,

da Frankreich auf eine besondere feierliche Verzichtserklärung Dr. Schöbers entbehren den Wert legt.

Der Botschafter bemühte sich im Laufe der sehr langen Verhandlungen mit den Franzosen, finanzielle Zugeständnisse an Österreich hinsichtlich der Einziehung der französischen Staatsbank bei der Sicherung der österreichischen Kreditbank zu erreichen. Ob ihm die Franzosen diesen Willen tun werden, bleibt abzuwarten.

Sicher ist, daß sich gestern Abend die französische Delegation in der Rolle des Siegers über Österreich gefiel und zu verstehen gab, daß es gelungen sei, eine Spaltung zwischen den Vertretern Deutschlands und Österreichs herbeizuführen.

Besonders die Anhänger Briands gaben ihrer Freude darüber Ausdruck, daß für den Verrat, den Deutschland und Österreich durch die plötzliche Ankündigung des Zollunionplans durch den österreichischen Außenminister begangen, Strafe genommen werden konnte.

Das Programm für die Abwicklung

Drahtung unseres eigenen Vertreters
— Genf, 2. Sept.

Endlich liegt in vorgerückter Abendstunde das Ergebnis der Verhandlungen vor, die gestern geführt worden sind, um die Erledigung des Zollunionplans sowie die Debatte über das Danziger Gutachten und schließlich die Aussprache über eine Österreich zu gewöhnliche Finanzhilfe durchzuführen. Wie uns Reichsaussenminister Dr. Curtius mitteilte, findet in der heute vormittag stattfindenden Sitzung des Europa-Komitees eine kurze Debatte über den nunmehr erledigten Zollunionplan statt. Sowohl Reichsaussenminister Dr. Curtius als auch Schöber werden Mitteilungen machen, in denen sie in einem großen Rahmen die wirtschaftliche Besondere Österreichs und in diesem Zusammenhang auch das feierlich ausgearbeitete und jetzt aufgegebenen Projekt einer deutsch-österreichischen Zollunion behandeln werden. Dr. Curtius betonte, daß er es für unbedingt notwendig halte, vor dem Europa-Komitee über diesen wichtigen Gegenstand zu sprechen und der Weltöffentlichkeit den Standpunkt Deutschlands zur Kenntnis zu bringen.

Nach dieser Aussprache im Europa-Komitee findet am Freitag nachmittag vor dem Rat die Diskussion eines Berichtes statt, der von dem General-

sekretariat des Völkerbundes über die wirtschaftliche und finanzielle Lage Österreichs ausgearbeitet wurde. Der Rat wird diesen Bericht annehmen, und Dr. Schöber erklärte sich gestern mit dem Inhalt und den Schlussfolgerungen des Berichtes einverstanden. Das Dokument gelangt sodann an das Finanzkomitee des Völkerbundes, das sich mit der Frage einer für Österreich zu empfehlenden Anleihe befaßt wird.

Im Widerspruch mit dem bisher von der deutschen Delegation gemachten Mitteilungen findet die mit Spannung erwartete Ratssitzung in der über das Danziger Gutachten in der Zollunionfrage gesprochen werden soll, nicht am Samstag nachmittag, sondern erst am Montag statt. Dieser Nachmittag wird Briand betonen, der am Sonntagabend in Genf erwartet wird. Das Verfahren, das in der Montagssitzung des Rates angewandt werden soll, ist natürlich noch nicht fixiert, da der Danziger Schiedsspruch erst am Samstag vormittag in Genf eintrifft wird.

Dr. Curtius hat gestern Abend eine endgültige Vereinbarung mit Francois Poncelet getroffen dahingehend, daß das Wochenende 28. bis 27. September für den französischen Ministerbesuch in Berlin bestimmt wurde.

Tiefe Niedergeschlagenheit in Berlin

Drahtbericht unseres Berliner Büros
— Berlin, 2. Sept.

Die Tatsache, daß man heute schon der Zollunion das Grabesgeklänge gezeugen werden wird, wird in der Presse mit tiefer Niedergeschlagenheit zur Kenntnis genommen. Man fragt sich natürlich, warum haben Curtius und Schöber sich entschlossen, die Zollunion vor der Bekanntgabe des Danziger Gutachtens zu liquidieren. Der Genfer Berichterstatter der „D. N. Z.“ antwortet darauf: „Der Grund ist einfach der, daß die deutsche Politik eine Diskussion der Zollunion im Rate nicht mehr verdrägt. Man muß sie vor der Ratssitzung sowohl erledigen, daß der Rat nachher nur noch das Tapferchen auf das i zu setzen braucht.“

Darin ist der Grund der Stärke, mit dem die deutsche Politik ihr Unternehmen heute noch vertreten kann, hinreichend charakterisiert.“ Man versteht sich denn auch nirgends mehr, daß die deutsche Außenpolitik mit diesem Wank der Dinge eine schwere Niederlage erlitten hat.

Die Berliner Börsenzeitung hat an den Reichsaussenminister Dr. Curtius das Aufsehen gestellt, er möge freiwillig zurücktreten, damit die Welt er-

kenne, daß die Niederlage von Genf nicht gleichbedeutend sei mit der Wankredenz des deutschen Selbstbehauptungswillens.

Die Forderung, daß Curtius seinen Platz räumen soll, findet in der Berliner Presse keinen härteren Widerhall. Man will es offenbar vermeiden, der deutschen Delegation, noch während die Dinge im Gange sind, von hier aus Schwierigkeiten zu bereiten. Selbst die oppositionelle Presse hat sich eine gewisse Zurückhaltung auf.

Es ist begreiflich, daß nach diesem betrübenden Ausgang der Zollunionangelegenheit Frankreich sich bemüht hat, diesen

so demütigend wie möglich für die beiden deutschen Staaten zu gestalten, so daß man in Berlin dem Besuch der Herren Briand und Briand mit sehr gemäßigten Gefühlen entgegensteht.

Man vertritt sich nicht allzu viel von der „Verhängung“, wie sie Frankreich vorzöweh. Dem Danziger Gutachten selbst kommt noch allem nur noch theoretische Bedeutung zu. Immerhin wird es von Interesse sein, welche Staatsjuristen für den deutsch-österreichischen Volk ausgesprochen haben.

Der Redner schloß damit, daß noch einmal eine Periode des unabhängigen und selbständigen Handelns kommen werde.

Dieser Zeit werde es zu nützen im Interesse der Weltbevölkerung. Wenn diese Schicksale aber wieder zur Geltung kommen wollen, dann müssen sie sich zum Stoße bekennen und müssen den Kampf um

ihre Interessen auf dem Boden dieses Staates führen und einsehen, daß sie zwar das Recht zur Kritik, und den Anspruch auf Beilegung von Fehlern und Mängeln haben, daß aber das Konkurrenzgehen der Staat eine unumgängliche Kraftverwendung bedeute und standes. In der Staatsbedingung allein wird das Bürgerium den Weg zu seiner Wiedereinklangung in die Welt zu suchen haben.

Zum Pariser Besuch in Berlin

Drahtung unseres eigenen Vertreters
— Genf, 2. Sept.

In seinen gestrigen Erklärungen vor der deutschen Presse wies Außenminister Dr. Curtius darauf hin, daß man sich in dem bevorstehenden deutsch-französischen Chefsache hauptsächlich mit wirtschaftlichen Fragen beschäftigen werde. Wie wir von lebender französischer Seite mitgeteilt wird, beabsichtigt man die systematische Prüfung der gesamten wirtschaftlichen und handelspolitischen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland. Aus diesen Untersuchungen sollen neue Gesichtspunkte für den weiteren Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit gewonnen werden. Eine Revision des deutsch-französischen Handelsvertrages hält die französische Regierung für zweckmäßig, um einerseits den dringenden Wünschen französischer Industriezweige entgegenzukommen und andererseits Raum für günstigere Vereinbarungen mit Deutschland zu schaffen. Die hier skizzierten Verhandlungen sollen im Oktober in Angriff genommen werden.

Berschleppung der Abrüstungskonferenz?

Drahtung unj. eigenen Vertreters
— Genf, 2. Sept.

Zu Beginn der Genfer Ratstagung meldete sich, daß in französischer Vertretung der Wunsch aufgetaucht ist, eine dreimonatige Verschiebung der internationalen Abrüstungskonferenz zu erreichen. Den französischen Vorkämpfern schwebte bei dieser Anregung der parteipolitische Umsturz bei den nächsten französischen Wahlen und die Erhaltung der Einkommenspolitik im Parlament vor. Eine amerikanische Agentur lancierte gestern die Nachricht, daß der französische Delegierte Massigli den formellen Antrag einbringen werde, auf den Gesamtvertrag der Abrüstungskonferenz zu verzichten. Ob diese einflussreiche Frage, ob diese Nachricht zutrifft. Der französische Delegierte erwiderte mir: „Ein derartiger französischer Antrag liegt nicht vor. Die französische Regierung hat einen solchen Beschluß nicht gefaßt.“

Ob diese Erklärung Massigli, die ein Demont der erwähnten Agentenmeldung in sich schließt, bindend für den weiteren Verlauf der Genfer Völkerbundtagung ist, kann selbstverständlich nicht vorangesehen werden.

Neue Verfassung für Jugoslawien

Redung des Wolffbüros

Belgrad, 2. Sept.

Gestern Abend um 7 Uhr fand im königlichen Palais ein Kronrat statt. Der König teilte in seiner Eröffnungsrede mit, er habe die Zeit für die Einführung zum parlamentarischen System für gekommen. Er fordere den Ministerrat auf, die Grundlinien der neuen Verfassung darzulegen. Dieser verlas sodann das Grunddokument, das besagt, daß die neue Verfassung die Gewissensfreiheit und die Pressefreiheit sichere. Die Verfassung besteht aus Abgeordnetenshaus und Senat. Die ordentliche Session der gesetzgebenden Körperschaft beginnt am 20. Oktober jeden Jahres. Das Abgeordnetenshaus wird aufgrund des allgemeinen Wahlrechts gewählt. Die Hälfte der Senatsmitglieder wird aufgrund des allgemeinen Wahlrechts gewählt, während die andere Hälfte ernannt wird. Die Lebensdauer des Abgeordnetenhauses beträgt vier Jahre, die des Senats sechs Jahre. Das Abgeordnetenshaus erhält weitgehende Rechte zur Überprüfung des Budgets und zur dem Gebiete der Interpretation und der Präzedenzfälle.

Das Königreich wird in neue Provinzgebiete eingeteilt. Die Namen werden aufgrund des allgemeinen Wahlrechts gewählt, während die Exekutive durch einen Rat ausgedrückt wird, dessen Mitglieder vom Senat ernannt werden. Die Verfassung besagt, daß Jugoslawien ein verfassungsmäßiges Königreich unter der Dynastie Kara-georgewitsch ist.

Der vollständige Text der Verfassung erscheint in der heutigen (Donnerstag-Nachmittag) des Anstaltstages gleichzeitig mit einem Rufus des Königs an das Volk.

Rosal reist ins Elsass

— Paris, 2. Sept. „Aho de Paris“ zufolge wird Ministerpräsident Rosal vor Wiederzusammentritt des Parlaments eine Reise durch das Elsass unternehmen.

Die Veröhnung zwischen Mussolini und dem Papst

Drahtung aus römischen Vertreters
— Rom, 8. Sept.

Die erneute Veröhnung zwischen Italien und dem Vatikan, die Wiederherstellung der „Wieder- veröhnung“, wie man hier sagt, wird diesseits und jenseits des Tiber mit einem Gefühl großer Erleichterung aufgenommen. Die Spannung zwischen den beiden so nebeneinander wohnenden Gewalten war allmählich unerträglich geworden. Nachdem man den Austausch von Noten zwischen dem Palazzo Vigi und dem Kardinalstaatssekretariat als hin- und wieder hin- und hergehend betrachtete, nahmen viele Kreise an, der Bruch sei bereits erfolgt. Inzwischen aber hatten die diplomatischen Beziehungen in aller Stille begonnen. Sie trugen den Charakter persönlicher direkter Verhandlungen, so daß man wohl von einem Vatikan-italienischen Chequiers sprechen kann. Ihr Ergebnis wird von den römischen Klend- blättern sehr herzlich begrüßt. Der alte Streit um die Grenzen zwischen dem weltlichen und dem geist- lichen Machtbereich ist zwar in diesen Konferenzen wieder aufgelebt, habe aber in diesem Falle zur Klärung geführt. Gemerkliche und körperliche Jugendberührung seien dem Staat geblieben, die religiöse Erziehung aber der Kirche.

Auch der päpstliche „Offiziarius Romano“ begrüßt die Verhandlungen und schreibt:

„In der Tat hat mehr als zwei Monate hindurch die Trennungslinie der Katholiken aller Länder gegenüber dem Heiligen Vater und die Zeugnisse der Teilnahme an seinem Schmerz veröffentlicht. Heute haben wir den großen Trost, die Last der erfolglosen Einigung, die alle Katholiken der Welt erkennen wird, zu veröffentlichen. Die Erfahrungen, die beide Parteien abgeben haben, geben allen die Hoffnung, daß sich die Dinge, die das Herz des Heiligen Vaters so tief betrübten, nicht wiederholen werden. Es scheint uns überflüssig hinzuzufügen, daß infolge der erreichten Einigung die Mittelbehörden der katholischen Partei und bei der katholischen Aktion nicht mehr unvereinbar sind.“

Befriedigt hat die katholische Parteileitung auf dem Höhepunkt des Konflikts erklärt, daß Mitglieder der Partei nicht zugleich Mitglieder der italienischen Aktion sein könnten. Ohne Zweifel sind die Verhandlungen des 2. September ein Erfolg der italienischen Politik. Trotzdem wäre es grundverfehlt, wollte man von einem Sedan des Vatikan sprechen, wie das bereits einige besonders Phantasievolle tun, indem sie auf das geistliche Datum anspielen. Man darf nicht vergessen, daß der Vatikan nicht anders als die Wiederherstellung der katholischen Aktion und ihrer Jugend- organisationen verlangt hat. Diese Forderung ist ihm erfüllt worden. Er hat dafür natürlich Opfer bringen, um jede gemeinschaftliche Betätigung zwischen und die körperliche Erziehung ganz der welt- lichen Organisationen überlassen zu lassen.

Landgerichtspräsident Seckling der DRSP beigetreten

— Berlin, 8. Sept. Der Präsident des Land- gerichts Berlin, Seckling, der vor einiger Zeit als der sozialdemokratischen Partei aus- getreten ist, ist jetzt — wie die Berliner Börsen- zeitung berichtet — der Deutschen Nationalen Volkspartei als Mitglied beigetreten.

Abbruch des Streiks in Saragossa

— Paris, 8. Sept. Nach einer Sondermeldung aus Madrid erklärte der spanische Innenminister, daß der Fortschritt der Arbeiterbewegung in Saragossa die Wiederaufnahme der Arbeit für heute morgen angesetzt habe; jedoch wird als Bedingung die Freilassung der während der Streikzeit fest- genommenen Personen und die Wiederherstellung der gemeinschaftlichen Freiheit gefordert. Unwahrscheinlich ist die Regierung bereit, diese Forderungen zu bewilligen, jedoch nur in den durch das Gesetz vorge- schriebenen Grenzen.

Die Notmaßnahmen in England

Starke Einsparungen und neue Steuern — Das Parlament ist für den 8. September einberufen

Drahtung aus Londoner Vertreters
— London, 8. Sept.

Das Kabinett hat gestern nach fünfstündiger Sitzung eine Pläne für Sparmaßnahmen und neue Steuern festgesetzt, mit denen der Staatshaushalt balanciert werden soll. Gestern abend wurde infolge- dessen die Einberufung des Parlaments auf den 8. September endgültig beschlossen. Man erwartet, daß die nationale Regierung schon am ersten Tage ein Vertrauensvotum verlangen wird und zwar nicht erst auf die Sparpläne, sondern bei der Abstimmung über einen rein formalen Antrag. Die Abgeordneten der Arbeiterpartei, die die Opposition bilden, werden also gezwungen sein, sich zu entscheiden, bevor sie die Pläne der Regierung kennen gelernt haben. Die Regierung selbst bestimmt mit einer ausreichenden Mehrheit und plant in diesem Falle die Notmaßnahmen in wenigen Tagen durch das Unterhaus zu legen. Die Diskussion wird durch besondere Maßnahmen stark abgeklärt werden, so daß schon möglicherweise in zwei Tagen die ganze Unter- hausdebatte beendet sein wird.

Im Oberhaus wird es keinerlei Schwierig- keiten geben, da die Arbeiterpartei dort nur schwach vertreten ist und einige der Labourlords zu Mac- donald halten.

Die Notmaßnahmen werden in zwei kurzen Sätzen zusammengefaßt werden.

Das erste wird die Ersparnisse behandeln, unter denen namentlich folgende zu erwähnen sind: Kürzung der Gehälter von Ministern, Abgeordneten, Richtern, höheren Beamten und anderen öffentlichen Beamten.

zehnjährige Kürzung der Arbeitslosen- unterstützung.

Kürzung des Erziehungsbetrags um 11% Millionen Pfund, darunter eine zehnjährige Herabsetzung der Lehrgeldsätze, Kürzung des Staats- und Landeserziehungsbetrags um 9 Millionen Pfund. Dies dürfte eine Herabsetzung der Gehälter und des Soldes der Armee, Marine und Luftwaffe einschließen. Weiterhin wird eine erhebliche Herabsetzung der Regierungsausgaben für Straßenbau und für soziale Fürsorge des Wohl- fahrtsamtes des Sparmaßnahmen angeordnet.

Das zweite Gesetz wird sich ausschließlich mit den neuen Steuern

befassen, unter denen namentlich indirekte Steuern, wie die Erhöhung der Zucker-, Tabak- und Alkoholssteuer und eine Neu- ordnung der Vergütungsteuer die wichtigste Rolle spielen werden. Man hört, daß keine Steuer auf schmerzmittelwerte Erzeugnisse ist, wie sie in letzter

Zeit häufig erörtert wurde. Ebenso denkt die Regie- rung nicht an Zwangsanleihen der Kriegsanleihen. Vielmehr ist geplant, nach der Verabschiedung des Sparplans in Verhandlungen über eine freiwillige Konzeption einzutreten.

In der vorpolitischen Situation ist besonders interessant, daß Macdonald die Aufforderung seines Wahlkreises, zu kandidieren, abgelehnt hat. In einem Brief an die Vorsitzende der Arbeiter- partei in Southam erklärt der Ministerpräsident, daß er bereit sei, der Kandidaturforderung Folge zu leisten, aber erst nachdem er seine Pflicht gegenüber dem ganzen Volk erfüllt habe, d. h. nicht vor der Auflösung des Parlaments. Macdonald ist also, da man nach der Entscheidung sicherlich nicht tun wird, vorläufig in seiner Stelle als Ministerpräsident nicht gefährdet. Zwei weitere Abgeordnete der Arbeiterpartei haben sich unter öffentlichem Protest gegen die diktorischen Methoden der Gewerkschaften erklärt, die die Regierung zu unterstützen. Die Zahl der Arbeiterpartei- ordner, die für die Regierung stimmen werden, dürfte aber sehr gering bleiben.

Lord Readings Außenpolitik

Eine offizielle englische Erklärung

— London, 8. Sept.

Neuer verbreitet folgende Mitteilung: Der innerpolitische Charakter der jetzt erörterten Fragen scheint notwendigerweise das Problem der Außenpolitik der Nationalen Regierung in den Vordergrund zu rücken. Inzwischen findet keinerlei Abwechslung von der Politik der letzten Regierung statt. Dies bedeutet jedoch nicht, daß auswärtige Angelegenheiten vernachlässigt werden. Man erwartet im Gegenteil, daß der Staatssekretär des Auswärtigen nicht auf den Zusammentritt des Parlaments warten, und daß er schon vorher eine allgemeine Erklärung abgeben wird. Zum frühestmöglichen Zeitpunkt, zu dem die laufenden Kabinettssitzungen ihm die nötige Zeit gestatten werden, wird Lord Reading eine Darlegung seiner Politik machen. Obgleich die Regierung im gegenwärtigen Augenblick Maß- nahmen plant, die dazu bestimmt sind, Fragen von unmittelbarem Interesse zu behandeln, vertritt sie die finanzielle Lage in ihrer Auswirkung auf andere Länder nicht aus dem Auge, und es besteht alle Aussicht, daß die Sorge um die Lage und der Wunsch, an der Lösung der Probleme anderer europäischer Völker mitzuwirken, die von der Arbeiterregierung und dem Unterhaus vor der Tagung des Hauses Ende Juli an dem Tag geäußert wurden, ebenso voll in Erscheinung treten werden, wenn sich eine Gelegen- heit bietet, die gesamte innere und auswärtige Politik der Nationalen Regierung zu entwerfen.

Wißglückter Raubüberfall auf einen Kassenboten

Telegraphische Meldung

Berlin, 8. Sept.

Auf einem 19jährigen Kassenboten einer Charlotten- burger Firma wurde heute gegen mittag in einem Hause in Charlottenburg, in dem sich eine Reichs- bankfiliale befindet, ein Raubüberfall verübt, der jedoch durch die Geistesgegenwart des Boten vereitelt wurde.

Der Expedient Seefeld, der bei der Berliner Reichsbankfiliale in Charlottenburg beschäftigt ist, hatte den Auftrag erhalten, 800 Mark in großen Scheinen einzusammeln. Als er das Treppenhäus- chen des Leibniz-Strasse 8 betrat, wo sich im ersten Stock eine Reichsbankfiliale befindet,

trat plötzlich ein Mann auf ihn und entriß ihm die Kassettsche. Der vorläufige Expedient hatte die 800 Mark jedoch in seine Brusttasche gesteckt, so daß der Rauber nur die ziemlich wertlose Tasche mit unvollständigem Inhalt er- beute.

Der Heberläufer besch außerdem die Geistes- gegenwart, die Verfolgung des Täters aufzunehmen. Dieser kam mit einem Helferherber im Hande, der vor dem Hause mit einem Motorrad wartete. Der Heberläufer konnte dem Rauber die Tasche wieder entziehen, und auch die Nummer des Motorrads aufzeichnen, was für die weiteren Ermittlungen der Kriminalpolizei von Wichtigkeit ist.

Badische Politik

Die badischen Städte zum Notgesetz vom 9. Juli

Der Badische Städteverband und der Badische Städtebund haben in einer längeren Eingabe an den Landtag zu dem Notgesetz vom 9. Juli 1931 Stellung genommen. Die Denkschrift behandelt zunächst die finanziellen Auswirkungen des Notgesetzes auf den Städtehaushalt und dem Lande und den Gemeinden. Zusammenfassend wird festgestellt, daß durch die vorerwähnten Maßnahmen des Landes eine Reduzierung der Ge- meinden von 4,78 Millionen Reichsmark anfallen ist, denen eine Ersparnis von etwa 2,5 Millionen Reichsmark durch die gleichzeitige Verhütung von Ausgaben der Beamtengehälter gegenübersteht. Die Eingabe befaßt sich sodann weiter mit den Begrün- dungen des Notgesetzes und der Durchführung des 8. 10. der badischen Verfassung durch die Regierung. In dem letzten Teile wird schließlich auf der Frage Stellung genommen, in welcher Weise der Geld- betrag des Staatshaushalts ohne eine Verbesse- rung der Gemeinden hätte gedeckt werden können.

Die Städte erklären ausdrücklich, daß ihre ledig- liche Stellungnahme zu dem Notgesetz durch die neue Reichsanordnung in keiner Weise beeinträchtigt wird. Eine einschränkende Wirkung, daß die Reichsan- ordnung des Vorgehens der badischen Regierung in rechtlicher Hinsicht nachträglich sanktioniert habe, gebe man damit zu, daß die von den Städten genau das Notgesetz erzielenden rechtlichen Wirkungen nicht unbeeinträchtigt waren und im Wege eines besonderen Gesetzgebungsaktes des Reiches formell herbeigeführt werden müßten. Die gerechtfertigte Anwen- dung der Städte gegen die materiellen Auswirkungen des Notgesetzes auf die Gemeindehaushalte sei, er- geben sich auch aus der Tatsache, daß man in keinem anderen Lande eine solche Reduzierung der Ge- meinden im gegenwärtigen Zeitraum angestrebt hat. Demnach stehenden für den Städtehaushalt für den 1. 1. 1932 ein Betrag von 2,5 Millionen Reichsmark auskömmlich durch eigene Maßnahmen, so u. a. durch eine Verbesse- rung der Schatzkammer gedeckt.

Die Offiziere des „Do X“ bei Präsident Hoover

Telegraphische Meldung

Washington, 8. Sept.

Die Offiziere des „Do X“ wurden gestern von dem amerikanischen Präsidenten empfangen und durch ihn so- dann dem Präsidenten Hoover vorgestellt, der in dem erfolgreichen Flug freundlich begrüßte und sie mit ihnen im Park des Weißen Hauses fotografieren ließ.

Die Offiziere trugen nach kurzem Aufenthalt in der Bundeshauptstadt zum New Yorker Flughafen zurück, um für schnelle Überholung des Flugzeuges Sorge zu tragen. Die Behandlung der 12 Militär- Piloten einschließlich des Ab- und Aufnahmestandes dürfte bis zum 15. September dauern. Danach plant man einen Flug nach Miami auf Florida in der Hoffnung, das Flugzeug für die Winterflüge zum Kaiserlehr-Flugzeug — Miami ver- wahren zu können.

Weiteres überaus interessantes Pressemeldungen bei nochmals festgestellt werden, daß der Flugling nach Europa schon wegen der vorgerückten Jahreszeit ebenfalls für dieses Jahr nicht mehr in Frage kommt.

Küchlein des italienischen Kabinets

— Santiago de Chile, 8. Sept. Das italienische Kabinett ist zurückgekehrt und eine Sonderaktion des italienischen Kongresses ist für morgen einberufen worden, um über die Frage einer Beendigung der Besetzung der Inseln im Pazifik zu beraten.

Der Kampf um das Kulturtheater

Von Prof. Carl Ebert

Der neue Intendant der Berliner Stadttheater Oper führt die Idee der Berliner Oper im allgemeinen und über die Idee der Oper im Besonderen aus. Durch sein Eingreifen auf dem Mannheimer Reichstheater hat seine Auffassungen für unser Volk von Bedeutung hervorgehoben.

Wenn man die Ursachen und Quellen der materiellen Not, in der sich das deutsche Kultur- theater heute befindet, richtig einschätzen will, muß man einen Blick auf die Vergangenheit werfen, und das Sozialmaterial früherer Zeiten zur Hilfe nehmen; denn Zahlen sprechen bekanntlich eine deutliche Sprache. Als Vergleichsmaterial will ich nur zwei Bühnen heranziehen: das Mannheimer Nationaltheater, weil es vor einiger Zeit einen sehr lehrreichen Überblick über die Entwick- lung der Finanzen veröffentlicht hat, und das deut- sche Landestheater in Darmstadt, die Werte meiner letzten Mitteilungszeit. Die Bedeutung dieser Zahlen geht weit über die örtliche Bedeutung hinaus, weil alle Theater ungefähr die gleiche Ent- wicklung durchgemacht haben und deshalb diese Ein- sichten für alle am Theater Interessierten lehrreich ist.

Die Mannheimer Bevölkerung hat 1899 auf den einzelnen Einwohner umgerechnet 2,15 M für die Theater aufgebracht, über 170 000 M im ganzen Jahr; im Jahre 1928 waren es aber 7,50 M oder 1 600 000 M. Die Steigerung aller Aus- gaben hat allein seit dem letzten Friedensjahr (1918) 170 v. H. erreicht. In Darmstadt ist der Zuschau- er von 670 000 M im Jahre 1918 auf 1,6 Millionen ge- wachsen, die Ausgaben von 1,5 Millionen auf 2,5, die Einnahmen von 700 000 M auf 1,1 Millionen.

Betrachtet man die Ausgabenposten näher, so zeigt sich, daß es keineswegs immer die Aufwendungen für den wertschöpfenden, nämlich künstlerischen Teil des Be- triebes sind, sondern daß es vielmehr der soziale Be- stand der Kulturtheater ist, der in seiner praktischen Ausübung die außerordentliche Erhöhung aller Kosten für die wichtigsten Teile des Personal- be- standes, deren Lebensminimum in der herrschenden

Steuerung immer weiter nach oben gedrückt wurde, deren Arbeit durch seine Ausdehnung auf eine glänzende Zukunft, durch keinen Kopfschmerz, durch keine Verdrückung an der subjektiven künstlerischen Leistung abgegrenzt werden konnte. Daher die große Zunahme der Kosten für Orchester, Chor und technisches Personal.

Im Vergleich dazu sind die Ausgaben für das Sinfonieorchester in Oper und Schauspiel zurückgegan- gen. Legt man die Jahre 1918 und 1928 zu Grunde, so betragen die Ausgaben für Orchester 37 bzw. 40 v. H. der Gesamtausgaben in Mannheim, während in Darmstadt für die gleichen Jahre 15 v. H. bzw. 14 v. H. eingesetzt werden müssen. Der produktive Teil des Hauses, die Sinfonieorchester in Oper und Schauspiel, werden an der Gesamtausgaben im glei- chen Zeitraum mit 14 v. H. bzw. 10 v. H. in Man- heim und 30 v. H. bzw. 31 v. H. in Darmstadt teil. Für das merkwürdige Wachstum der dekorativen Ausstattung werden in Darmstadt 8 v. H. der Gesamtausgaben aufgegeben, in Mannheim 31 v. H. (wobei noch Garbore, Bühnenbild und Instru- mente miteingerechnet sind). Das Mißverhältnis am besten das Mißverhältnis der Verschwendung öffentlicher Gelder auf diesem Gebiete.

Aber damit sind die Ausgabenposten nicht erschöpft. Die Aufwendungen für Versicherungen, Pensionen und Krankenkassen etc. betragen heute in Darmstadt 15 v. H. der Gesamtausgaben gegenüber 4 v. H. im Jahre 1918/19. In Mannheim hat man 1899 für diesen Posten insgesamt — 100 Mark bezahlt!

Diese Zahlen sollen nur ganz kurz die Zwangs- sätzlichkeit der Entwicklung zeigen, der sich kein öffentlich-rechtlicher Betrieb entziehen kann. Es dürfte vielleicht notwendig sein, einmal offen auszu- sprechen, daß der unbedingte Wille zur Sparpolitik, den der verantwortungsbewusste Leiter als Vermittler öffentlicher Gelder haben muß, heute in einem erheblichen Teil vermissen wird durch die zwangsabhängige Entwicklung aller mit sozialen Belangen verbundenen Ausgaben, durch ein all- fähiges Unerschöpfliches gerade heute dadurch ge-

fördert werden, die das Maß ihrer Forderungen nicht einschätzen wissen, und durch die oft einseitigen Ansätze der öffentlichen Meinung, die ange- nommen sind, das Publikum des Theater (schonmäßig zu entwerfen; viele Ansätze richten sich gegen den im Spielplan erscheinenden „Mittel“, bei der Kasse fällt, ebenso vehement wie gegen die Erfüllung der vorerwähnten Wünsche des Theaters gegenüber der veränderten Beziehung und gegen die künstlerischen Wagnisse, die dem Kulturtheater seinen Namen und seine Bestimmung geben.

Den erhöhten Ausgaben des Theaters stehen nicht um entfernten Maße die erhöhten Einnahmen gegen- über. Zwar ist die Zahl der Theaterbesucher ge- wachsen, aber durch die Umänderung des Publikums besteht finanziell ein großer Mangel. Das Theater muß heute seine Wirkung auf die breitensten Massen auswirken, und diese, die in den großen Volksbühnen organisiert sind, sollen Teilhaber eines allgemeinen Kulturraumes werden. Das nächste Kulturbild der Gegenwart, ihre Verantwortung in der Gesamtheit des Volkes ist eine der großen irdischen Aufgaben des Theaters für seine Zeit, aber gleichzeitig eine soziale Leistung des Theaters, die sich nicht selbst ist, sondern durch eine erhöhte Demanstration des Staates sichergestellt werden muß.

Diese Umwidlung der Dinge ist eine gegebene Tatsache, mit der gerechnet werden muß. Sie läßt nur die Erkenntnis zu, daß das Opfer unvermeidbar ist, wenn man nicht allen Gewinn sozialer, humaner und künstlerischer Erkenntnis, die mit der neuen Zeit gebracht hat, aufgeben will. Das Opfer erscheint zwar als untragbar groß, aber es kann in einer Zeit höch- sten materiellen und politischen Verfalls niemals so groß sein, um eines der wenigen Güter zu erhalten, die als der letzte und wertvollste Besitzgut unserer Kultur zu gelten haben. Das ist eine Erkenntnis, die sich die Parteien, die politischen Führer und die Ab- wehrer der öffentlichen Meinung, die Presse, zu Recht machen müssen. Diese Erkenntnis schließt die Forderung in sich nach geistigem Leben, nicht nur nach einem beliebigen Theater, sondern nach dem Theater, das die Demanstration der Zeit ist, das erfüllt und erfüllt ist, daß kein Mensch, ins- besondere eine Plattform für alle Auseinandersetzungen des heutigen Volkes sein will, daß das unabweisbare Opfer der Gegenwart nur dadurch lohnt, daß es in

jeder Gasse, in jeder seiner Reihenungen 1931- mäßig ist.

Unsere tiefste Erkenntnis kann nur die sein: Das Theater der Vergangenheit hatte in jeder Zeit ein solches Opfer verdient, nicht das Theater der Wi- sigen Zukunft, aber das geistlich-künstlerische Bewusstsein und die Zeit, die sich jedes Theater eines überhö- herten Bildungsbürgertums, das den Künstler in die Irre führt, die Weltlichen Selbstbesessenheit, Selbst- lern und Selbstglück, antizipiert oder darstellt ein- seitig und materialisiert — nur jetzt und gerade jetzt ist es ein Sinn, das Theater selbst mit größtem Opfer zu erhalten, in einem Augenblick, wo es härter als je zuvor die Forderung seiner hohen Arbeit erfüllt. „Spiegel des Zeitalters“ und „unwahrschein- liche Hall“ im tiefsten Sinne zu sein. Aber gerade bei „unwahrscheinlichen Hall“ ist es, die so viele Menschen nicht vertragen können, und dieser Spiegel des Zei- talters so große Bilder erricht, daß wir es zu weichen laden müssen, wenn viele nicht aus dem Theater, sondern aus Erfindungen zu Wegern des besten Theaters werden.

Es ist gottlos und soll die deutsche Öffentlichkeit aller Parteien, aller Weltanschauungen, aller Kon- fessionen, denen die Kunst ein Bedürfnis von Wert ist, die die die politische Terminals zu geben vermag, sollen für alle sprechen, wenn das deutsche Theater zurückgebracht werden soll in eine Wirklichkeit, die dem literarischen Wert eines Theaters entspricht. Das ist unumstößlich und nicht zu glauben, daß die künstlerische Intelligenz Öffentlichkeit ein solches Weisheit zulassen wird.

© Erlaubnis der Ausbeutung „Neues von Schen“ in der Kunst. Die Ausbeutung „Neues von Schen“ — hundert Jahre Bühnenreform und deutschen Kulturtheater — wird am Sonntag, den 7. September gefeiert. Die Ausbeutung in 100 ist von 1000 Personen besucht worden; bemerkenswert war der starke Besuch interessierter Kreise und der Mitglieder, sowie das große Interesse der Schen. Als Wanderausstellung wird die Ausstellung in den folgenden Städten gezeigt werden: Köln, Berlin, Leipzig, Offen, Weier, Chemnitz — De- endgültige Termin der kommenden Ausbeutung „Schillerische Kopien“ wird der Künstler die Kunst sein“ wird auch bekannt gegeben werden.

Befanstellungen

Wichtigste Befanstellungen im Friedrichspark

Im Rahmen großer Beliebtheit nahm Opernführer... Die Befanstellungen im Friedrichspark...

Die Geflügelzucht mehrt sich. Geflügelzucht... Die Geflügelzucht im Friedrichspark...

Die Geflügelzucht mehrt sich. Geflügelzucht... Die Geflügelzucht im Friedrichspark...

Kommunale Chronik

Verordnungen und die bürgerliche Kassenordnung

Verordnungen, 2. Sept. Der Gemeinderat... Die bürgerliche Kassenordnung...

Neue Mitteilungen

Die Wasserstandsstation... Neue Mitteilungen...

SPORT DER N.M.Z.

Tennis-Städtekampf Mannheim-Berlin 2:4

Dr. Bub-Claes gewinnt das Doppel

Man wird beim Tennisturnier... Die Städtelkämpfe...

Die Einzelkämpfe... Die Einzelkämpfe...

Der zweite Punkt für Mannheim... Der zweite Punkt für Mannheim...

1:1 für Berlin... 1:1 für Berlin...

1:1 für Berlin... 1:1 für Berlin...

1:1 für Berlin... 1:1 für Berlin...

Die Einzelkämpfe... Die Einzelkämpfe...

Die Einzelkämpfe... Die Einzelkämpfe...

Die Einzelkämpfe... Die Einzelkämpfe...

Die Einzelkämpfe... Die Einzelkämpfe...

Tennis-Turnier in Baden-Baden

16 deutsche Ranglistenspieler am Start

In feierlichem Rahmen... Tennis-Turnier in Baden-Baden...

Die Einzelkämpfe... Die Einzelkämpfe...

Stoll Karten

Todes-Anzeige

Beni

Familie Rudolf Bradl

Danksagung

Zwangs-Versteigerung

Behanntmachung

Zurück

Zurück

Von der Reise zurück

Amt. Veröffentlichungen der Stadt Mannheim

Bräutigam's Knoblauchsaft

Frauenverein Abtlg. I

Zurück

Zusammenfluß-Projekt Zogo-Bergglas

Die Verhandlungen über Verbindungen zwischen den...

Die angebliche Tarifsenkung

Was wird geschieden:

Begegnung, daß die Tarifsenkung von der Genehmigung...

Die Tarifsenkung ist auch scheinbar eine...

Jedenfalls ist in den letzten Jahren nur ganz unzulänglich...

Die Senkung des Mindestlohn erfolgt bemerkt...

Gegenüber der seit Anfang 1930 erfolgten Senkung...

Was ist die tatsächliche Senkung der anderen...

Bei Klasse B beträgt die Senkung nur 3,6 v. H. und...

S. Silberbach & Söhne - Rheinmühlwerke AG, Mannheim

Dividendenfrage noch offen

Das am 1. September 1930 eingeleitete...

Die Rheinmühlwerke AG, Mannheim, hat...

Die Tarifsenkung ist auch scheinbar eine...

Leipziger Messe

Beliebt der Geschäftsvorkehr am Mittwoch

In einer Reihe von Messedirektoren und...

Ein Appell des Berliner Börsenvereins

Berlin, 2. Sept. Der Börsenverein hat...

Ein Appell des Berliner Börsenvereins

Vom deutschen Tabakmarkt

Die Nachfrage nach Zigaretten, insbesondere...

Interessengemeinschafts-Vertrag Mittelstahl-Werkschütte

Von der Verwaltung der Werkschütte wird...

Die im Frühjahr dieses Jahres mit der...

